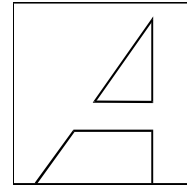




# Focus Brasilien

Nr. 8 / 2005 – 30. September 2005



Konrad  
**-Adenauer-**  
Stiftung

Studienzentrum Rio de Janeiro  
Leiter: Dr. Wilhelm Hofmeister

---

## **Neuwahl des Präsidenten der Abgeordnetenversammlung nährt die Hoffnung der Regierung auf ein Ende der politischen Krise**

von **Wilhelm Hofmeister**

**Mit hohem finanziellen Aufwand erreicht die Regierung die Wahl des Kommunisten Aldo Rebelo zum neuen Präsidenten der Abgeordnetenversammlung. Weil die Arbeiterpartei von Präsident Lula durch Austritte die relative Mehrheit der Mandate in der Kammer verloren hat, verzichtete sie auf einen eigenen Kandidaten.**

**Die Handlungsfähigkeit der Regierung bleibt eingeschränkt, doch die positive makroökonomische Situation und der Überdruß an den Verhandlungen der Untersuchungskommissionen könnten die Aufmerksamkeit von der politischen Krise ablenken.**

**Drahtzieher und Begünstigte der unerlaubten Monatszahlungen und Veruntreuungen hoffen auf Straffreiheit.**

**Eine der wichtigsten Fragen bleibt noch ungeklärt: wer ist die Muse des *mensalão*?**

Ausgelassen feierten die Abgeordneten der brasilianischen Regierungsparteien am Abend des 28. September die Wahl des neuen Präsidenten ihrer Kammer. Im zweiten Wahlgang erhielt der Kandidat des Regierungslagers Aldo Rebelo, Mitglied der Kommunistischen Partei (PCdoB) und bis vor wenigen Wochen Minister für politische Koordination, 258 von 509 abgegebenen Stimmen – eine Stimme mehr als die absolute Mehrheit. Sein Gegenkandidat José Thomáz Nonó (PFL) erhielt 243 Stimmen, nur 15 weniger als Rebelo. Im ersten Wahlgang, bei dem insgesamt sechs Kandidaten antraten, hatten beide jeweils 182 Stimmen erreicht. Vor allem die Stimmen des „niedereren Klerus“ gingen danach mehrheitlich an Rebelo.

Notwendig geworden war die Neuwahl, weil der bisherige Kammerpräsident Severino Cavalcanti, der erst seit Februar im Amt war, wegen einer Korruptionsaffäre hatte zurücktreten müssen. Als Vizepräsident der Kammer, zuständig für administrative Belange des Hauses, hatte er offensichtlich in zurückliegenden Jahren vom Konzessionär einiger Restaurants innerhalb des Parlaments eine Art monatliche „Konzessionsgebühr“ verlangt und

erhalten. Dieser unberechtigte „Gebühreneinzug“ kam ans Tageslicht, nachdem sich Cavalcanti für ein milde Bestrafung derjenigen Abgeordneten eingesetzt hatte, die sich als Drahtzieher und Empfänger des erheblich höheren „*mensalão*“, der illegalen Schmiergeldzahlungen, vor verschiedenen parlamentarischen Untersuchungsausschüssen verantworten müssen und denen der Mandatsentzug droht. Cavalcanti hatte zwar verzweifelt versucht, sein Mandat und sein Amt zu retten, doch die Beweislage war offensichtlich. Mit ihm trat eine pittoreske Person von der politischen Bühne ab, die in den vergangenen Monaten nicht nur Stoff für allerlei Spott geliefert hatte, sondern mit dessen Wahl auch der Verlust der Parlamentsmehrheit durch die Regierung offensichtlich wurde und die seit Mai anhaltende politische Krise ihren Ausgang nahm.

Die Regierung und Präsident Lula da Silva unternahmen nun erhebliche Anstrengungen, um nicht noch ein weiteres Mal bei der Wahl des Kammerpräsidenten zu unterliegen. In den Tagen vor der Wahl gab die Regierung auf ausdrückliche Anweisung des Präsidenten ca. 500 Millionen Reais (etwa 175 Millionen Euro!) für Einzelprojekte von Angeordneten, sogenannte „*emendas parlamentarias*“, frei, die sich dafür bereit erklärten, für den von der Regierung empfohlenen Kandidaten zu stimmen. Zudem drohte Lula den Koalitionsparteien, ihre Minister zu entlassen, wenn sie nicht für „seinen“ Kandidaten stimmten. Intensiv warb er um die Abgeordneten der Parteien PL, PP und PTB, die in den letzten Monaten als Empfänger der illegalen Monatszahlungen bekannt geworden waren. Sogar eine „*emenda*“ des bisherigen Abgeordneten Roberto Jefferson in Höhe von einer Million Reais wurde bedient, obwohl dieser mit seinen Aussagen die Regierungskrise ausgelöst hatte und kürzlich als erster sein Mandat und seine politischen Rechte verlor; doch der Einfluss von Jefferson auf die PTB war der Regierung diese Summe wert. Selbst das Erziehungsministerium soll Präsident Lula als Preis für gefälliges Abstimmungsverhalten ausgesetzt haben. Das verdeutlicht einen erschreckend geringen Stellenwert für die Bildungspolitik, die doch angesichts der Bedeutung und der prekären Situation dieses Bereiches eigentlich mit mehr Aufmerksamkeit bedacht werden müsste.

Die Arbeiterpartei PT verzichtete auf die Nominierung eines eigenen Kandidaten, nachdem sie aufgrund einiger Austritte nicht mehr stärkste Fraktion in der Kammer war. Die Partei PMDB ist zwar nun stärkste Kraft und tatsächlich hatte ihr Vorsitzender Michael Temer seine Kandidatur angemeldet, zog diese aber kurz vor dem ersten Wahlgang zurück. Weil die PMDB in der Frage der Unterstützung der Regierung gespalten ist, hielt ein Teil ihrer Abgeordneten an der Unterstützung des Regierungskandidaten fest.

### **Erleichterung, aber vorerst kein Ende der Krise**

Die Regierung regierte erleichtert auf die Wahl von Rebelo, weil sie erwartet, dass dieser erfahrene Parlamentarier nun den Druck aus der Korruptions-, Schmiergeld- und Veruntreuungsaffäre nimmt, die Gefahr eines Amtsenthebungsverfahrens gegen Präsident Lula endgültig abwehrt sowie zudem das Parlament dazu bringt, die seit Wochen liegen gebliebenen Abstimmungsprojekte zügig zu behandeln. Nicht zuletzt soll die Wahl Rebelos die Chancen von Präsident Lula auf seine Wiederwahl im Oktober 2006 erhöhen. Vielleicht war die jetzige Unterstützung von PP, PL und PTB tatsächlich ein erster Schritt zu einer Wahlkoalition dieser Parteien mit der PT im nächsten Jahr.

Aufgeatmet haben nach der Wahl von Rebelo insbesondere auch diejenigen Abgeordneten, denen ein Mandatsverlust droht. Nachdem der Präsident des Bundesgerichtshofes (STF) bereits in der Vorwoche durch eine vielfach kritisierte Entscheidung das Verfahren gegen die PT-Abgeordneten praktisch bis auf weiteres aussetzte, hat der neue Kammerpräsident nun zusätzliche Instrumente in der Hand, um über Verfahrensfragen die Untersuchungsausschüsse und die parlamentarischen Prozesse gegen die angeklageten Abgeordneten zu verzögern.

Trotz dieser Rückgewinnung von Bewegungsspielraum verfügt die Regierung aber schon deshalb nicht über eine stabile Mehrheit, weil sich viele Abgeordnete, die nun für Rebelo stimmten, auch künftig ihre Unterstützung durch die Bewilligung von „*emendas*“ oder andere Vergünstigungen „abkaufen“ lassen werden.

Bereits einen Tag nach seiner Wahl gelang es dem neuen Kammerpräsidenten nicht, eine Mehrheit dafür zu gewinnen, die Frist für eine Abstimmung von Wahlrechtsreformen zu verlängern, die schon im nächsten Jahr gelten sollen. Diese „politische Reform“ sollte bis 30. September entschieden sein, könnte aber durch die Fristverlängerung noch etwas später abgestimmt werden. Im Parlament gibt es jedoch wenig Neigung für einen Konsens über Reformen.

### **Parteienwechsel in letzter Minute**

Untreue gehört zum Alltag in Brasilien - zumindest im Hinblick auf die Treue gegenüber einer politischen Partei. Ein Wechsel der Parteimitgliedschaft ist sehr häufig und wird vor allem von Parlamentariern sehr intensiv praktiziert. Seit den Wahlen im Oktober 2002 hat es in der Abgeordnetenkammer bei 513 Mandaten fast 260 Partei- und Fraktionswechsel gegeben, wobei etliche Abgeordnete gleich mehrmals die Partei wechselten. Die Durchsetzung der „*fidelidade partidaria*“, der Parteitreue, ist daher seit langem eine viel diskutierte Materie, für die freilich bisher noch kein rechtes Instrument gefunden wurde.

Eine wichtige Maßnahme zur Garantie von Parteitreue über einen gewissen Zeitraum hinweg ist jedoch vor einiger Zeit entschieden worden: wer bei einer Wahl kandidiert, muss zumindest ein Jahr lang Mitglied seiner Partei sein. Deshalb war vor den Wahlen im Oktober nächsten Jahres der 30. September 2005 der letzte Termin für einen Parteiwechsel potentieller Kandidaten. Entsprechend intensiv wurde nun vor diesem Termin das Wechselspiel betrieben. Alle diejenigen, die fürchteten, bei ihrer bisherigen Partei keine Chance auf eine Nominierung als Abgeordneten-, Senats-, Gouverneurs- oder Präsidentschaftskandidat zu haben, wechselten zu einer Partei, mit der sie vorab diese Nominierungsfrage geklärt hatten.

Besondere Aufmerksamkeit erregte der Parteiwechsel von Vizepräsident José Alencar von der PL, die bei dem aktuellen Skandal besonders negativ auffiel, zu der gerade erst neu gegründeten *Partido Municipalista Renovador* (PMR). Parteigründer ist Bischof Macedo, der Gründer und „Besitzer“ der *Igreja Universal do Reino de Deus*. Auch Senator Crivelli, Bischof dieser Kirche, und weitere Abgeordnete traten der neuen Partei bei. Die Gründung der PMR, die bereits eine Namensänderung in *Partido Republicano* (PR) ankündigte, ist Ausdruck für den Willen dieser evangelikalen Kirche, künftig noch stärkeren politischen Einfluss ausüben

zu wollen. Sie könnte ein wichtiger Alliiertes von Präsident Lula werden. José Alencar könnte möglicherweise als Kandidat für das Gouverneursamt im Bundesstaat Minas Gerais sein.

Die PT hat etliche Abgeordnete und bekannte Personen an die Linkspartei PSOL verloren. Allerdings waren die Abgänge letztlich geringer als erwartet. Weil zur Zeit die Parteiführung der PT neu gewählt wird, zogen es manche wechselwilligen Abgeordneten vor, innerhalb der PT für eine Richtungsänderung zu kämpfen. Nach bisherigem Verlauf der Parteiwahlen scheint jedoch das traditionelle Mehrheitslager die Kontrolle über die PT zu behalten. José Dirceu wird damit weiterhin eine verlässliche Basis in der Partei haben, die bisher noch kein Mitglied wegen der Verwicklung in die Betrügereien ausschloss.

### Abgeordnete pro Partei

Partei	01. Oktober 2005	23. Februar 2005	Oktober 2003	Eröffnung des Kongresses im Februar 2003	2002 gewählt
<b>PT</b>	87	91	93	90	91
<b>PMDB</b>	89	85	76	69	75
<b>PFL</b>	60	61	66	75	84
<b>PSDB</b>	52	51	52	63	70
<b>PP</b>	54	51	48	43	49
<b>PTB</b>	47	49	54	41	26
<b>PL</b>	40	50	42	33	26
<b>PPS</b>	14	17	21	21	15
<b>PSB</b>	26	16	17	28	22
<b>PDT</b>	16	14	13	17	21
<b>PCdoB</b>	9	9	10	12	12
<b>PSC</b>	4		7	1	1
<b>Prona</b>	2	2	6	6	6
<b>PV</b>	8	6	6	6	5
<b>PMN</b>			1	2	1
<b>PSD</b>					4
<b>PST</b>					3
<b>PSL</b>			1	1	1
<b>PSDC</b>					1
<b>Parteilos</b>	5	11			

### Senatoren pro Partei

	PT	PMDB	PFL	PSDB	PTB	PL	PSB	PDT	PPB	PPS	PSD	PSOL	Parteilos
30.09. 2005	12	22	15	15	4	3	3	3				2	2
Oktober 2002	14	19	19	11	3	3	4	5	1	1	1		

## **Wirtschaft reagiert nicht auf die politische Krise**

Eine der überraschendsten Begleiterscheinungen der politischen Krise ist, dass sie bisher keinen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung hatte. Die Börse, der Wechselkurs und der Finanzmarkt zeigen sich weitgehend unbeeinflusst von den Vorgängen in Brasilia. Selbst die Anschuldigung eines ehemaligen Mitarbeiter gegen Finanzminister Palocci, dieser solle in seiner Zeit als Bürgermeister von Reberão Preto Schmiergeldzahlungen lokaler Unternehmen bei der Vergabe städtischer Aufträge kassiert haben, führten nur zu einem vorübergehenden leichten Zucken des Wechselkurses und der Börse. Palocci hat die Anschuldigungen bestritten, und sie wurden dann auch nicht weiter verfolgt.

Die brasilianische Wirtschaft profitiert von dem weltweiten Wirtschaftswachstum von über 4% in diesem Jahr sowie der hohen Nachfrage und den entsprechend hohen Preisen für die brasilianischen Rohstoffe. Die Inflation wird im Jahresdurchschnitt 2005 voraussichtlich unter 5% liegen. Allerdings bleibt das brasilianische Wirtschaftswachstum mit voraussichtlich um 2,5% hinter der internationalen Marke zurück. Die Auslandsverschuldung konnte in den letzten Monaten deutlich zurückgeführt werden und beläuft sich zur Zeit mit 191 Milliarden US\$ auf nur noch etwa 28% des BIP (vor zwei Jahren ca. 42%). Dazu trugen Amortisationszahlungen bei, u.a. eine Zahlung an den Internationalen Währungsfond über 1,67 Milliarden US\$. Zugleich konnten die internationalen Reserven auf 55 Mrd. US\$ angehoben werden. Die Binnenverschuldung bleibt jedoch mit 51,6% im Verhältnis zum BIP sehr hoch.

Von manchen Beobachtern wird diese Entwicklung als Hinweis auf die gewachsene Stabilität und Robustheit der brasilianischen Volkswirtschaft gesehen. Tatsächlich besteht sogar die Chance, dass die US-amerikanischen Ratingagenturen die Einstufung Brasiliens anheben, was dem Land erhebliche Vorteile bescheren würde. Die Regierung wird daher nicht müde, auf solche positiven Entwicklungen hinzuweisen. Präsident Lula sieht darin eine Bestätigung für das Ziel seiner Wiederwahl.

So wichtig diese positive makroökonomische Entwicklung auch ist, bleibt auf einen Aspekt hinzuweisen: die politische Krise hat dazu geführt, dass in den letzten Monaten praktisch keine politischen Entscheidungen getroffen wurden. Nicht zuletzt Präsident Lula und seine Parteifreunde aber haben in der Vergangenheit immer wieder darauf hingewiesen, dass der Markt allein die schwierigen und vielfältigen Probleme des Landes nicht lösen wird. Das lässt sich anhand der vielfältigen Probleme des Landes nachdrücklich bestätigen. Um so fataler ist es, dass keine Reformprojekte in Angriff genommen werden.

## **Muse des *mensalão***

Entgegen der manchmal zu hörenden Behauptung, Brasilien sei ein Land mit kurzem Gedächtnis (weshalb auch die jetzige Affäre und ihre Protagonisten bald in Vergessenheit geraten würden), hat die Erinnerung an das impeachment gegen Präsident Collor de Mello auch wieder einen wichtigen Teilaspekt jener Zeit in Erinnerung gerufen: die Existenz einer „Muße des impeachment“, ein Titel den damals Tereza Collor konkurrenzlos errang.

Weil auch die jetzigen Vorgängen und Skandale in manchen Etappen eine augenfällige weibliche Beteiligung hatten, dauerte es nicht lange, bis in den Medien und im Parlament die Frage nach der „Muße des *mensalão*“ gestellt und diskutiert wurde. Zur Auswahl stehen:

- Camila Amaral, die als Pressereferentin einer Senatorin in den Untersuchungsausschüssen auftauchte und durch ihr anmutiges Auftreten die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den langatmigen Ausführungen der Abgeordneten und Senatoren ablenkte und die der Medien auf sich zog. Rasch erfolgte der in solchen Fällen in Brasilien übliche Vertrag mit der Zeitschrift *Playboy*, in dessen Oktoberausgabe Camila dann in ihrer ganzen Ausstrahlung zu sehen sein wird.
- Fernanda Karina Somaggio, die ehemalige Sekretärin des Werbemanagers Marcos Valério, die mit Aussagen gegen ihren früheren Chef maßgeblich zur Aufdeckung der Verfahren bei den Schmiergeldzahlungen beitrug. Fernanda hat schon erklärt, dass sie sehr gerne mit einem hüllenlosen Beitrag in der Zeitschrift *Playboy* zur weiteren Aufklärung der Vorgänge um den *mensalão* bereit wäre. Allerdings verlangt sie dafür 2 Millionen Reais (fast 700.000 Euro), um mit diesem Geld eine politische Karriere starten und eine Wahlkampagne ohne die illegale „zweite“ Kasse finanzieren zu können. Diesen Betrag scheint die Zeitschrift jedoch bisher nicht in die politische Zukunft Brasiliens investieren zu wollen.
- Diana Buani, Ehefrau des Konzessionärs der Restaurants in der Abgeordnetenkammer, der mit seinen Aussagen Kammerpräsident Severino Cavalcanti zu Fall brachte. Diana stand ihrem Mann bei dessen Aussagen zur Seite und geriet ob ihrer Anmut sofort ins Licht der Öffentlichkeit (gewiss hätte man den Aussagen ihres Ehemanns ohne ihr Beisein weniger Aufmerksamkeit geschenkt). So währte es nicht lange, bis auch sie einschlägige Angebote der Medienwelt erhielt, einen eigenen Enthüllungsbeitrag zu leisten; sie ist anscheinend noch dabei zu prüfen, zu welchen Bedingungen sie ein solches Angebot annehmen wird.

Nach der Wahl von Aldo Rebelo zum Kammerpräsidenten steht jedoch zu befürchten, dass zusammen mit dem Bemühen der Regierung, den gesamten Schmiergeldskandal unter den Teppich zu kehren, auch die Frage nach der „Muse des *mensalão*“ gar nicht mehr weiterverfolgt wird. So kann trotz des Versprechens von Präsident Lula, die Vorgänge lückenlos aufzuklären und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, die gesamte Angelegenheit am Ende doch als „Pizza“ enden (siehe Focus Brasilien Nr. 7/2005). Die Redewendung hat übrigens, wie die bisherigen Nachforschungen des Chronisten ergaben, ihren Ursprung darin, dass manche Themen und Probleme in endlosen Sitzungen verhandelt werden; und wenn dann alle Beteiligten hungrig sind, bestellt man eine Pizza und beim Essen werden die Probleme schließlich vergessn ...